

Gütersloh

28.11.2022 **Krisen und Personal - Geld managt keine Krise**

Rede von Landrat Sven-Georg Adenauer zur Haushaltseinbringung im Kreistag

## 1.0 Geld managt keine Krise

Anrede,

wenn Sie zu Hause Ihren Haushalt gestalten, Wohnen, Essen, Mobilität und so weiter, dann ist eines Fakt: Sie werden mit dem Erwartbaren umgehen und Sie werden das Unerwartete managen müssen. Das ist beim Kreishaushalt nicht anders.

Als Politik und Verwaltung haben wir eine konkrete Vorstellung von der Zukunft unseres Kreises. Wir werden diese gemeinsam nachhaltig mit Leben und Substanz füllen. Dabei ist der Rahmen extrem eng. Wie immer gibt es die Pflichtaufgaben, die zu erledigen sind. Dominant kommen diesmal Krisen-Themen dazu, die uns vor neue Aufgaben stellen. Gestaltungsspielraum bleibt da wenig. Aber wir sollten zuversichtlich sein! Zuversicht beinhaltet nämlich die Motivation, Veränderung herbeiführen zu wollen.

Was sind also die Ziele dieses Haushaltes? Ich kann das in zwei Sätzen zusammenfassen:

Ziel 1: Unsere Pflichtaufgaben erfüllen.

Ziel 2: Die Krisen-Themen managen.

- Corona,
- Energiemangellage,
- Task Force Ukraine,
- Tierseuchen

Ich habe da einen Wunsch: Dass wir das Erforderliche gemeinsam beschließen.

Dass unsere Entscheidungen auf möglichst breiter Basis konsensual sind.

Dass wir in einer Lage, die für alle Kreise und unsere Kommunen in Deutschland ähnlich eng ist, das Beste für unseren Kreis daraus machen. Sie dürfen sicher sein, wenn in diesem Haushaltsplan neue Stellen gefordert werden, viele neue Stellen, dann sind folgende Fragen vorab schon längst ausdiskutiert:

Welche Leistungen muss der Kreis überhaupt erbringen?

Welche Leistungen muss der Kreis selbst erbringen?

Welche Leistungen können von Anderen erbracht werden?

Ich will es deutlich betonen: Der Löwenanteil am Stellenmehrbedarf - 65 in diesem Haushalt - ergibt sich aus zwei Gründen:

- a) aus multiplen Krisensituationen
- b) aus neuen gesetzlichen Anforderungen. Hier sind es allein 14 Stellen in der Abteilung Jugend und weitere 14 im Bereich des Jobcenters.

Und nun, meine Damen und Herren, machen wir uns auf den Weg! Das Gefühl etwaiger Machtlosigkeit lassen wir hinter uns und nutzen einmal mehr unseren Kreis Gütersloher Mut als positiven Antrieb.

Ein Ergebnis dieses Haushalts aber schicke ich gleich vorab in die Runde: Es wird nicht ohne zusätzliches Personal gehen. Wir brauchen Personal, denn Geld allein managt keinen Kreis, keine Krise, keine Zukunft.

## 2.0 Dezernate und Abteilungen

Ich starte heute mit dem Dezernat 6. Vor einem Jahr war Dr. Lißner noch gar nicht bei uns. Ihren Start hat sie sich wahrscheinlich auch anders vorgestellt. Es ging sofort in medias res – mit voller Wucht. Spätestens seit dem 24. Februar, dem Tag des Überfalls Russlands auf die Ukraine, heißt es in dem Dezernat nur noch ‚Vollgas geben‘, eben wegen der vielfältigen Krisensituationen.

Machen wir einen Blick in die Abteilung Ordnung und kommen zum Thema Flüchtlinge. Das ist ein Bereich, wo der Haushalt auf eine neue Lage antworten muss. Die Versorgung der ukrainischen Flüchtlinge im Kreis stellt die Kommunen vor ähnlich große Herausforderungen wie 2015, als in großer Zahl Kriegsflüchtlinge aus Syrien kamen. Bereits jetzt liegen die Zahlen über denen von vor sieben Jahren. Damals hatten wir im Kreis 3.050 Geflüchtete, derzeit sind es bereits 4.000 (Stand jeweils 31. Oktober). Sie können es als Jammern abtun oder Sie werten es als Sicht auf die Realität: Bei diesen Zahlen ist die Ausländerbehörde des Kreises überbelastet. Es gibt schon jetzt einen Terminstau von drei bis vier Monaten. Personalausfälle gehören zum Alltag und neues Personal bekommen wir nicht. Wechselnde rechtliche Bedingungen – hier meine ich beispielsweise die Wohnsitzauflage – und immer wieder neue Aufgaben, wie die PIK-Registrierung oder die neue Verteilungssoftware FREE sind zusätzliche Aufgaben.

Manchmal habe ich den Eindruck, in Bund und Land fehlt der Blick für die Tragweite der Aufgabenübertragung in die kommunale Ebene. Nun, wie auch immer, wir lassen uns nicht bange machen.

Sicherlich, es hat Gelder vom Bund gegeben. Aber dennoch trägt die kommunale Familie erhebliche Mehrkosten. Ich erinnere: Die ukrainischen Flüchtlinge unterliegen seit dem 1. Juni nicht mehr dem Asylbewerberleistungsgesetz. Sie werden seitdem wie Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger behandelt. Das macht einen riesigen Unterschied bei den Unterkunftskosten. Die Kosten der Unterbringung übernimmt der Bund nur zu etwa 75 Prozent. Das heißt: Wir als Kreis müssen fast 25 Prozent der Kosten selbst aufbringen. Ich werde an dieser Stelle auf Finanzausgleich und Isolierung von Corona- und Kriegskosten nicht weiter eingehen. Denn Herr Kleinebckel wird das anschließend tun.

Zurück zur kommunalen Familie und der Flüchtlingsunterbringung. Unsere Kommunen sehe ich am Limit. Sowohl bezüglich Wohnraum, als auch bezüglich Personals.

Ohne in Resignation zu verfallen; ich muss das so sagen: Ich sehe erneut, dass aus Turnhallen wieder Flüchtlingsunterkünfte werden. Mein Ruf geht Richtung Land und Bund: Im Jahr 2015/16 hatte das Land 85.000 Plätze vorgehalten. Aktuell sind es nur 26.000. Es sollen wohl bis März 2023 noch einmal 8.000 dazukommen.

Anrede,

es ist immer so: Resignation nimmt einem die Möglichkeit, neue Wege zu denken und zu beschreiten. Bleiben wir also zuversichtlich. Was für eine Perspektive haben wir? Wer Nachrichten guckt, weiß: Auch in den kommenden Monaten – wenn erst richtig Winter ist – ist weiterhin mit starkem Flüchtlingsbewegungen aus der Ukraine, aber auch über die Balkanroute und Afghanistan zu rechnen. Die Zuweisungszahlen werden steigen. Sie alle wissen auch, dass mit einer Weiterwanderung von vielen der 300.000 vor der Einberufung geflohenen russischen Männer aus den ehemaligen GUS-Staaten auszugehen ist. Und jetzt ist sogar von neuen Einberufungen von bis zu 5 Millionen die Rede. Nach sechs Monaten läuft deren Visum ab und sie müssen weiterziehen. Wohin? Vermutlich in Richtung der Länder, die bessere Aussichten bieten. Wie können wir diese Herausforderungen bewältigen? Das geht nur, wenn der Kreis zusammenhält, wenn die kommunale Familie zusammenhält. Und das geht nicht allein mit Geld. Es braucht hier Köpfe und Hände, die sich um Unterbringung und Integration kümmern. Auch hier sehe ich für uns – ich will es mal so nennen – ich sehe eine gewisse Pflicht zur Zuversicht. Denn wo eh alles egal ist, da brauche ich mich auch nicht mehr anstrengen.

Wir rechnen zudem auch mit Ortskräften aus Afghanistan, denn es gibt ein neues Programm für Ortskräfte und weitere vulnerable Gruppen. Mit Blick nach Italien: Da dürfen wir erwarten, dass Italien weitere Vorstöße in Richtung einer besseren Verteilung von Migranten auf die EU-Mitgliedsstaaten unternommen wird. Um die Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir diesen Zusammenhalt. Das Ziel ist nicht, es resigniert zu ertragen. Es geht darum, die Situation zu gestalten.

Dazu schlage ich folgende Schritte vor:

Erstens: Annehmen, was ist. Also die Situation akzeptieren und annehmen.

Zweitens: Die eigenen Gedanken stärken, positiv bleiben: Was lässt sich draus machen?

Vergessen wir nicht, was wir schon alles gemeistert haben!

Lassen Sie uns schon heute die Frage stellen: Was wollen wir im Kreis Gütersloh erreicht haben, wenn der Krieg in der Ukraine zu Ende ist? Wie gestalten wir es, wenn die einen wieder nach Hause gehen und ihr Land tapfer aus den Trümmerhaufen neu aufbauen und die anderen hier bleiben, weil sie bei uns eine neue Heimat gefunden haben?

Im Bereich Ordnung/Ausländerbehörde – auch das gehört zur Wahrheit – brauchen wir 2 neue Stellen, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. 3 Stellen sind es im Bereich Kommunales Integrationszentrum. Der Transferaufwand im Bereich Soziales und Jobcenter schlägt mit 5,2 Millionen Euro zu Buche. Und wir gehen von 1,3 Millionen für Energiekosten aus. Die isolierten Kosten für das alles liegen bei 9,3 Millionen Euro.

Ich mache jetzt mal einen Sprung: Verl-Sürenheide, Bevölkerungsschutzzentrum. Wenn Sie jetzt denken: „OK, da hat der Kreis wenigstens einmal Gestaltungsspielraum“, dann sage ich: Auch dieses Bauvorhaben ist hauptsächlich Antwort auf neue Szenarien. Und um Schönheit geht es gar nicht, hier geht es allein um Funktionalität. Die Funktion: Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Logistikzentrum Tierseuchenbekämpfung.

Apropos Bevölkerungsschutz: Ich brauche gar nichts mehr zu sagen. Vor ein paar Jahren habe ich stets argumentieren müssen, wenn es um das Bevölkerungsschutzzentrum ging. „Brauchen wir denn so ein Riesending?“, war dann die Frage. Jetzt fragt niemand mehr. Diverse Schockwellen haben uns überrollt: der Corona-Ausbruch im Jahr 2020, Geflügelpest-Ausbrüche, Unwetter, die Katastrophe an Ahr und Erft, der Ausbruch des Ukraine-Krieges. Sorry, nicht Ausbruch. Krieg bricht nicht aus, wie Schweinepest ausbricht, Krieg wird angezettelt. Russland hat einen europäischen Nachbarn überfallen.

Leitgedanke des Kreises Gütersloh ist es, die zukünftigen Funktionen des Bevölkerungsschutzes in einem möglichst funktionalen und wirtschaftlichen Neubau zu planen. Dieser bietet dem Bevölkerungsschutz optimale Bedingungen, um die vielfältigen Aufgaben für den Kreis bestmöglich zu erfüllen. Niemand ist damit gedient, wenn wir die Sicherheit der Bevölkerung aufs Spiel setzen. Die angepeilte Zeitschiene sieht vor, dass das Bevölkerungsschutzzentrum Ende 2025/Anfang 2026 bezogen werden kann – also heute in drei Jahren. Wenn Sie Lust haben dabei zu sein, am 30. November wird erst einmal das Ergebnis des Architektenwettbewerbs vorgestellt. Wir eröffnen dann die Ausstellung im Kreishaus.

Ich bin sicher, im Katastrophenschutz kommen große Herausforderungen auf uns zu. Da brauchen wir Kraft und Stärke. Haben wir bislang Gefahrenabwehrpläne erstellt, so ist unsere Aufgabe künftig, Katastrophenschutz-Bedarfspläne zu erstellen. Dazu sind entsprechende Risikoanalysen zu erstellen und relevante Szenarien zu beschreiben (z. B. Stromausfall, Pandemien, Tierseuchen, Klimafolgenanpassung)

Dazu läuft ein Gutachten, das mit den vier Kreisen Gütersloh, Höxter, Lippe und Paderborn gemeinsam beauftragt ist. Ende 2023 sollen die Ergebnisse vorliegen.

Seit dem Frühjahr treibt uns das Thema Energiemangellage um. Seit Mitte August ist die Taskforce Energiemangellage in engem Kontakt zu den 13 Kommunen aktiv.

Sie alle als Kreistag haben bereits im September Gelder bewilligt, damit wir das Satellitensystem Starlink beschaffen können. Es dient dazu, die Kommunikation zwischen den BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) und dem Krisenstab zu gewährleisten – auch bei Stromausfall. An dieser Stelle sage ich Danke für die zügige Bereitstellung dieser Gelder. Wie Sie alle gelesen haben, wurde im Kreishaus der Stresstest Notstromversorgung erfolgreich durchgeführt. Wir arbeiten an einem Botensystem für die Kommunikation im so genannten schlimmsten Fall. Damit spannen wir ein Sicherheitsnetz, eine Rückfallebene. Es kann und darf nicht sein, dass wir uns nicht vorbereiten. Und ich sage ganz deutlich: Wir hoffen doch alle, dass wir diese Technik und die Strukturen nie gebrauchen.

Unser Rettungsdienstbedarfsplan wird auch schon wieder fünf Jahre alt. Er beschreibt die kostenbildenden Merkmale des Rettungsdienstes; mit den Kostenträgern (Krankenkassen) und den Städten Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück.

Wir müssen mit diesen Rettungswachenträgern Einvernehmen über den Inhalt des Plans erzielen. Ich will hier gar nicht näher eingehen auf die Neubauten von Wachen in Halle, Clarholz und Steinhagen, das Telenotarztsystem und die Übernahme städtischen Personals aus Verl. Für die Datenanalyse und Bewertung soll wie üblich wieder ein externes Gutachterbüro beauftragt werden. Das soll möglichst noch im Dezember 2022 passieren. Wir als Kreis investieren hier in die Zukunft. Wir stehen Seite an Seite mit den Bürgerinnen und Bürgern. Und unseren Kommunen!

Weiterhin haben die Gesundheitsbehörden die Verpflichtung nach dem Infektionsschutzgesetz, Daten zu erheben und insbesondere vulnerable Gruppen bestmöglich zu schützen. Daher ist es gut und richtig, noch einmal bis Mitte kommenden Jahres personelle Ressourcen vorzuhalten, um diesen Aufgaben nachzukommen und den Verlauf der Pandemie angemessen im Blick behalten zu können. Wohlwissend, dass das Corona-Thema je nach weiterem Verlauf und insbesondere möglicher neuer Varianten des Virus' hier an Grenzen stoßen kann und dann nachgesteuert werden muss. Keiner kann sagen, wie die Entwicklung weitergeht. Wenn alles gut läuft und wir die Corona-Kräfte in absehbarer Zeit nicht mehr bräuchten, dann würden im Corona-Management zirka 50 Stellen zur Jahresmitte wegfallen. Sie sind der Krisenlage geschuldet und haben einen kw-Vermerk. Ich würde aufatmen, wenn wir an diesen Punkt kämen. Warten wir das ab!

Wie gesagt, in diesem Herbst zieht sich das Thema Krise durch alle Bereiche der Kreisverwaltung. Meine Damen und Herren, auch durch die Bildung. Dennoch wollen wir ein Signal senden:

Unsere Unternehmen sollen es merken und sie werden es merken: Wir investieren in die berufliche Bildung! Sie ist ein entscheidender Faktor für Stärke, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Und damit unseres Kreises. Sicherlich haben Sie es gelesen, erst gerade haben wir das naturwissenschaftliche Zentrum an den Berufskollegs am Sandberg in Rheda-Wiedenbrück eröffnet. Auch dafür haben wir viel Geld in die Hand genommen, 1,2 Millionen Euro. Unsere fünf Berufskollegs sind inhaltlich und fachlich gut aufgestellt. Dabei profitieren wir auch von Mitteln, die wir als Kreis abrufen konnten, beziehungsweise abgerufen haben: Aus EFRE-Mitteln, aus dem Digitalpakt, aus Landesförderung, aus dem Programm für Schulsozialarbeit. Das reduziert den Eigenanteil jeweils um ein beträchtliches Maß. Dass dennoch das Budget der Abteilung Bildung im Haushalt um 1,3 Millionen Euro verstärkt werden muss, liegt an der Schülerbeförderung. Es liegt auf der Hand: Wenn Spritkosten steigen, der Mindestlohn angehoben wird und Ausschreibungen zu teureren Ergebnissen führen, dann bleibt das nicht ohne Folgen. Ich komme darauf später noch zurück.

Übrigens, das möchte ich auch noch sagen: Unsere kreiseigenen Schulen, das KGH und die PAB-Gesamtschule statten wir sukzessive mit digitalen Endgeräten aus: 640.000 Euro. Gut investiert in junge Menschen. Wir werden auch dieses Thema konsequent weiterverfolgen.

Junge Menschen. Viele sind zugewandert. Seit Februar sind 1149 Schülerinnen und Schüler allein aus der Ukraine zu uns gekommen, die hier beschult werden müssen. Insgesamt sind es rund 1.500.

Die Geflüchteten fragen uns: „Wann kann ich wo einen Deutschkurs machen? Wann und wo wird mein Kind zur Schule gehen? Ich suche Arbeit.“

Wie tragen wir zum Gelingen bei?

Wir antworten mit dem Ausbau von Integrations- und Sprachkursen. Kreisweit sind auch die Frauensprachkurse verstärkt worden. Es gibt in jeder Kommune wenigstens einen Kurs. Das Landesprogramm ‚Durchstarten in Ausbildung und Arbeit‘ ist ein weiterer Baustein. Zusätzliche Sprachförderkurse werden an den Gesamtschulen angeboten. Im kommenden Jahr werden voraussichtlich 10 von 13 Kommunen mit mindestens einer KIM Case-Management-Stelle ausgestattet. Das bedeutet: Kommunales Integrationsmanagement dezentral, vor Ort. Ich sehe da eine große Integrationsaufgabe auf uns zukommen.

Blieben wir im Fachbereich 3! Gedanklich bin ich jetzt in der Abteilung Jugend. Meine Damen und Herren, es geht um das Landeskinderschutzgesetz. Da sind wir in der Pflicht. Die Pflicht, das ist das Recht, das Andere auf uns haben.

Aus dem Belastungsausgleich des Landeskinderschutzgesetzes NRW wird dem Kreis Gütersloh mehr Geld zufließen. Rund 500.000 Euro waren es in diesem Jahr. Bis 2024 soll die Summe auf rund 750.000 Euro steigen. Davon sollen 7 1/2 Stellen geschaffen werden.

Der Gesetzgeber beabsichtigt mit dem vorliegenden Gesetz eine höhere Standardisierung bei der Bearbeitung von möglichen Kindeswohlgefährdungen zu erreichen und den Personalbestand im Allgemeinen Sozialdienst zu erhöhen, um eine höhere Fachlichkeit zu gewährleisten. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine verbesserte Personalausstattung im Allgemeinen Sozialen Dienst notwendig. Darüber hinaus sollen – und auch das finde ich wichtig – Netzwerke für Kinderschutz etabliert werden, um die Vernetzung der am Kinderschutz beteiligten Institutionen und Akteure zu verbessern. Also auch hier: Das Gesetz fordert mehr Sicherheit für Kinder vor Gefährdung ihres Wohls. Richtig! Darüber müssen wir hier wohl nicht diskutieren. Aber auch hier muss ich als Landrat sagen, wieder einmal: Fachkräfte gesucht!

Deshalb müssen und werden wir unser positives Image als attraktiver Arbeitgeber weiter ausbauen. Und wir wollen den Kreis zu einem besseren Ort machen. Ich verstehe das nicht als Floskel, sondern als Auftrag. Kinder sollen hier sicher sein. Erfahrungen mit überbelasteten Jugendämtern gab es in NRW genügend. Zu viele! Skandale hatte das Land genug. Das soll der Vergangenheit angehören.

Bereits mit Einführung der Grundsicherung 2005 hat das heutige Jobcenter gelernt, Probleme zu lösen.

Und jetzt kommt das „Bürgergeld“, begleitet von Inflation, Rezession und galoppierenden Energiepreisen. In keinem anderen Dezernat spüren wir die Sorgen und Nöte der ärmeren Menschen mehr als an den Schreibtischen im Jobcenter. Wir haben bereits heute aufgrund der für 2023 angekündigten Regelsatzerhöhung und der erleichterten Antrags- und Zugangsvoraussetzungen eine erhebliche Zunahme von Anfragen; immer mehr Menschen, gerade hier im Kreis auch viele fleißige Menschen, die in Helfertätigkeiten nur mäßig entlohnt werden, suchen Unterstützung beim Staat. Und die zuständige Abteilung hat nach der Gesetzesverabschiedung in der letzten Woche neben dem Tagesgeschäft gerade noch 19 Arbeitstage Zeit, um bis Weihnachten die Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen sicherzustellen und die Januarleistungen nach neuem Recht so pünktlich auszuzahlen, dass die Leistungsberechtigten am 2. Januar ihr Geld auf dem Konto haben.

Leicht wird das nicht. Denn das Budget, das uns insgesamt für die Organisation unseres Jobcenters und für die Aktivierung, Qualifizierung und Vermittlung dient, hat die Regierung trotz deutlich gestiegener Fallzahlen, Stichwort Ukraine-Flüchtlinge, gekürzt. So bringt man ein neues Gesetz vom Start weg ins Stolpern. Und so gewinnt man erst recht nicht das Vertrauen der Bürger. Erst recht nicht derjenigen, die soeben oberhalb der Bedarfssätze regelmäßig aufstehen, zur Arbeit gehen und ihren Kindern trotz geringer Entlohnung als gutes Beispiel dienen. Ob sich Arbeit im Sinne des neuen Rechtes mehr lohnt, werden die künftigen Antragszahlen belegen.

Der Gesetzgeber wollte künftig ausschließlich auf Vertrauen und Kooperation statt auf Fordern und Fördern bauen. Am Ende hat dann doch der gesunde Menschenverstand gesiegt und man hat sich in Berlin auf wirksame Methoden besonnen. Jedoch lassen höhere Freibeträge und die Übernahme – wenn auch befristet – höherer Mietkosten mit Blick auf Inflation, drohende Rezession und Energiekostenentwicklung wie schon in der Corona-Pandemie höhere Aufwendungen für die öffentlichen Haushalte erwarten.

Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, Arbeitsberater und Ausbildungskoaches im Jobcenter arbeiten seit Monaten am Limit – und werden im Interesse der Menschen im Kreis Gütersloh auch weiterhin alles geben, bürgerfreundlich und gesetzeskonform zu handeln. Wir werden hier 14 weitere Stellen zur Verstärkung benötigen.

Noch rund 400 Tage: dann soll unser neuer Verwaltungsbau fertig sein. Auch wenn das jetzt nochmal neben tüchtig Planungsarbeit eine Stange Geld kostet, werden dann für Besucher wie für Mitarbeitende deutlich bessere Beratungs- und Arbeitsbedingungen gegeben sein als heute mit den zahlreichen Splitterstandorten. Beim Richtfest war schon gut zu erahnen, wie die Kubatur des Hauses sich in Zukunft darstellen wird.

Arbeit muss sich lohnen, meine Damen und Herren...

Klar, die Regierung muss etwas für Hartz-IV-Bezieher tun, wenn alles teurer wird. Soweit gehe ich mit. Den Anreiz, nicht zu arbeiten, den muss sie allerdings verhindern! Arbeiten gehen muss sich lohnen. Die Frisörin, die jeden Tag aufsteht und bis abends spät Kunden bedient, sie muss am Ende mehr in der Tasche haben als einer der auf dem Sofa liegen bleibt und Bürgergeld bekommt. Klar ist auch, man will den Vermittlungsvorrang abschaffen, stattdessen stärker auf Weiterbildung setzen. Das ist an sich gut. Denn kommt jemand von einem Hilfsjob in den nächsten und nie in ein langfristiges Arbeitsverhältnis, das bringt nichts. Das ist Schussfahrt Richtung Altersarmut. Und den Fachkräftemangel kriegen wir so nie in den Griff.

Ich finde – und dazu stehe ich – die Regierung muss aufpassen, dass sie nicht diejenigen demotiviert, die arbeiten gehen auch wenn sie dabei nicht gerade üppig verdienen. Und dass sie nicht diejenigen in Arbeitslosigkeit hält, die sich dort schon lange aufhalten.

Und noch was: Wie will man beim Bürgergeld denn das Lohnabstandgebot halten? Wenn sich das Dazuverdienen rächt, indem ich kaum mehr oder sogar weniger Geld in der Tasche habe – ja warum soll ich arbeiten gehen? Dann entsteht Resignation. Resignation zieht sich bequem aus der Affäre.

Wir haben heute bereits viel über Personal gesprochen. Auch in der Abteilung Straßenverkehr braucht es vier neue Stellen. Und zwar für die Geschwindigkeitsüberwachung. Ein Grund zur Sorge? Nein. Diese Stellen tragen sich selbst. Und auch hier werbe ich als Landrat dafür, diese Personalsache mitzutragen.

Kritiker reimen gerne mal auf Facebook: „Kasse leer – Blitzer her.“ Das sehe ich ganz anders. Inzwischen. Inzwischen ist nämlich das Geschwindigkeitsniveau auf unseren Straßen derart gestiegen, dass wir in den vergangenen Wochen immer wieder Raser gemessen haben, die exorbitant zu schnell waren. Hinter dem Starenkasten wieder ordentlich aufs Gas treten oder: Tagsüber angepasst fahren, nachts aber rasen. Unsere semistationären Anlagen erfassen Leute, in Tempo 50-Abschnitten, die mit 102 Sachen unterwegs sind! Oder in der 70er-Zone mit 142. Die Wahrscheinlichkeit, als Raser erwischt zu werden, muss erhöht werden. Nur darum geht es! Der Kreis wird den Druck in der Fläche erhöhen, man sollte 24/7 mit einer Kontrolle rechnen. Das ist Schutz der Schwächeren.

Sie haben vielleicht mitverfolgt, welche Reaktionen das hervorgerufen hat, als wir begonnen haben, darüber auch auf allen Kanälen zu berichten. Wir intensivieren die Geschwindigkeitsüberwachung, insbesondere auf unfallträchtigen Strecken. Und auch da, wo Bürgerinnen und Bürger uns um einen Blitzer bitten, weil gerast wird. Ich wiederhole hier, was ich kürzlich in einer Medieninformation gesagt habe: „Jeder Verletzte und jede Tote durch zu schnelles Fahren sind einer zu viel. Der öffentliche

Verkehrsraum muss sicherer werden. Ich werde das Geschwindigkeitsniveau im Kreis Gütersloh senken!“

Geflügelpest ist mein nächstes Thema.

Angesprochen hatte ich es bereits: die aktuellen Geflügelpestausbüche zeigen deutlich, dass die Geflügelpest mittlerweile nicht nur saisonal, sondern nahezu ganzjährig auftreten kann. Sie bedeutet für die betroffenen Geflügelhalter deutliche Härten. Unser Kreisveterinär weiß um die Restriktionen, die für Halter und Händler in den Überwachungs- und Beobachtungsgebieten zu teils extremen Härten führen. Und für die Abteilung Veterinärwesen zu zusätzlichen Arbeitsbelastungen. Dennoch bin ich dankbar, dass diese Pest mit der Veterinärbehörde als schneller Eingreiftruppe doch binnen weniger Tage eingedämmt werden konnte.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Dezernat 4

Ja, es sind zwei Wege zum gleichen Ziel. Das Ziel heißt Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern. Mit unserem Klimaschutzkonzept gehen wir seit Jahren konsequent diesen Weg dorthin. Gleichzeitig überlagert derzeit die Energiekrise die Klimaschutzdebatte. Das ist der andere Weg. Was auf keinen Fall passieren darf: Dass der Kampf gegen den Klimawandel auf der Agenda jetzt nach unten rutscht. Im Gegenteil! Jetzt heißt es: Noch schneller. Wir müssen unsere Energieversorgung krisenfest machen. Wir müssen noch schneller unsere Mobilität klimaneutral machen und noch schneller von fossil zu postfossil wechseln.

Betrachten wir einmal die Mobilität: Die neue Modalsplit-Untersuchung ist in Auftrag.

Beim ÖPNV sehe ich zwei Aufgaben:

1. Wir wollen den Bestand sichern. Das ist nicht einfach bei verhaltenen Fahrgastzahlen wegen Corona. Das ist nicht leicht, wenn Energiekosten steigen. Und das gelingt nicht wenn es an Busfahrern mangelt. Zudem lässt – und auch das ist traurige Wahrheit – lässt die Wertschätzung für diesen Beruf arg nach. Oftmals von denen, die befördert werden!
2. Wir wollen den ÖPNV weiterentwickeln. Überlagert wird die Diskussion durch das 49-Euro-Ticket und seine Finanzierung. Ein bundesweit gültiges Regionalverkehrsticket ist ein echter Schritt nach vorn! Das ist echte Verkehrswende! Muss aber finanzierbar sein. Hier setzen wir auf Bund und Land.

Mit Ihrer Hilfe haben wir mit unserem Schülerticket einen Vorstoß gemacht. Dass wir jetzt teilweise überholt werden vom Bund mit dem 49-Euro-Ticket, tut dem keinen Abbruch. Wir werden sehen, ob wir den Schülerinnen und Schülern gegebenenfalls das 49-Euro-Ticket erstatten.

Stichwort Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Das hört sich immer so futuristisch an. Klimafolgen, das ist jetzt! Zukunft beginnt heute! Unser aktuelles Konzept enthält eine Vielzahl von Maßnahmen mit einem Schwerpunkt Klimafolgenanpassung. Den wollen wir personell verstärken. Und ohne Budgeterhöhung wird auch das nicht gehen.

Wir haben die Dürre 2022 auf den Feldern gesehen und eine vertrocknende Vegetation erlebt. Dieser Entwicklung müssen wir Rechnung tragen. Es geht um angepasste Bewirtschaftungsformen und ein effizientes Wassermanagement: Wasser in der Fläche halten.

Derzeit sind unsere Landwirtinnen und Landwirte durch den Krieg in der Ukraine in einer besonderen Lage. Wir sehen alle, dass eine regionale Produktion im Kreis Gütersloh wichtig ist, um die Bevölkerung zu versorgen. Acker ist zu allererst für Essen da. Wir müssen uns fragen: Wird unsere landwirtschaftliche Fläche zu knapp, wenn wir sie für Energieerzeugung nutzen, statt für Lebensmittel? Wo und in welcher Form lassen sich tragbare, rechtssichere Kompromisse finden?

Mehr Tempo wünsche ich mir. Was uns fehlt, sind klare rechtliche Randbedingungen, die zügiges – ich sage zügiges! Verwaltungshandeln ermöglichen. Der LEP und die Erlasslage zur Windkraft setzen

derzeit einer schnellen Entwicklung deutlich Grenzen. Sollen wir wirklich bis zur LEP-Novelle Mitte 2024 warten? Sollen wir abwarten bis in 2027 der Regionalplan Wind kommt?

Wir haben als Kreisverwaltung einen Leitfaden zu PV-Anlagen auf Freiflächen angestoßen. Der Leitfaden unterstützt unsere Kommunen. Bitte, sehen Sie das nicht als Verhinderungsplanung an. So ein Leitfaden ist der sinnvolle Versuch, Orientierung für eine einheitliche Umsetzung zu geben. Was will man damit? Tempo! Es soll schneller gehen. Verfahren beschleunigen und keine Einzelfalldiskussionen führen. Ich bin überzeugt, dass der Leitfaden der Arbeitsgruppe im Frühjahr genau diesen Zweck erfüllt. Wir kommen auch hier gemeinsam voran. Nach vorne!

Thema Straßenbau. Was da zu sagen wäre, geht kurz. Das Kreisstraßenbauprogramm wird abgearbeitet. Business as usual. Läuft! Ich will gar nicht näher darauf eingehen, denn unsere dringlichsten Themen im Verkehr liegen aktuell im Bereich ÖPNV und Klimaneutralität. Da ist es gut, auch Bereiche zu wissen, von denen man einfach sagen kann: Läuft.

Ich wäre so froh, wenn es einen Bereich gäbe, der nicht von der Energiekrise tangiert würde. Beim Museum Böckstiegel muss ich zusammenfassend sagen: Auch das Museum läuft. Bestens. Klasse Besucherzahlen, der Radtourismus zum Museum nimmt zu. Man arbeitet mit wenig Personal. Aus meiner Sicht mit zu wenig!

Ich bin froh, dass die Geschäftsführerin einmal aufgeschrieben hat, wo personell der Schuh drückt und Ihnen das in den Fraktionen erläutert hat.

Und wenn man sich den vom Museumsamt des LWL vorgenommenen Vergleich zu anderen Museen vergleichbarer Größenordnung einmal ansieht, dann besteht hier dringender Handlungsbedarf. Ohne zusätzliche Ressourcen wird der Kreis seinem Erbe, das er ja seinerzeit angenommen hat, nicht gerecht. Über die Empfehlungen des Museumsamts bleiben wir mit Ihnen im Gespräch, wir haben Personalbedarf – das erkennt man auch ohne den Blick von draußen durch den LWL. Wenn die Geschäftsführerin sich an die Kasse setzen muss, wenn der Hausmeister an allen Ecken und Enden fehlt, weil er nur eine halbe Stelle hat und der Museumsleiter stattdessen morgens dem Elektriker die Tür öffnet, dann stimmt da was nicht. Wo wir kurzfristig handeln müssen, das sind die, das sollten wir selbstkritisch zugeben, – politisch gewollten – künstlich zu klein oder zu hoch angesetzten Positionen im Wirtschaftsplan. So sind beispielsweise die Einnahmen aus dem laufenden Museumsbetrieb deutlich zu hoch angesetzt. So laufen wir kalkuliert jedes Jahr ins Minus. Jeder der rechnen kann, weiß, das macht keinen Sinn. Diese Positionen aus der Liste der Geschäftsführerin müssen wir mit Ihnen diskutieren, was machbar ist und dann handeln. Und auch hier laufen uns die Energiekosten weg. Da müssen wir jetzt durch. Insgesamt ist zu sagen, dass nichts schlimmer wäre, als die Erfolge, die das Haus vorzuweisen hat, jetzt aufs Spiel zu setzen. Und dass dieses Museum auf der grünen Wiese weiter so ein Publikumsmagnet ist, ist eben kein Zufall.

Übrigens, eine Bemerkung noch. Es ist auch Verpflichtung des Staates – und unseres Kreises als Erbe – zum Erhalt und Ausbau der Kulturlandschaft beizutragen. Das kann sich ein ‚reicher‘ Kreis, wie der Kreis Gütersloh, gut leisten. Da sollten wir uns nicht blamieren! Nicht wenige heimische Unternehmen haben bereits die Bedeutung des kulturellen Umfeldes als Wachstumsdeterminante für sich entdeckt. Kultur ist mehr als ‚weicher Standortfaktor‘. Kultur schätzen, Kultur wertschätzen und fördern stellt also eine erfolgreiche Form von Identitätsstiftung dar. Nach innen und nach außen. Wie schon gesagt: Mit der Liste der Geschäftsführerin kommen wir wieder auf Sie zu.

Was ich ihnen gerne erzähle, meine Damen und Herren, ab dem kommenden Jahr ist bei der OWL-GmbH eine Neuausrichtung der touristischen Arbeit beabsichtigt. Dies macht eine zusätzliche finanzielle und personelle Ausstattung des Teutoburger Wald Tourismus erforderlich. Damit wird das Dachmarketing der Region wettbewerbsfähig und stärkt die weichen Standortfaktoren Freizeit und Tourismus. Sie haben das als Kreistag bereits beschlossen. Auch daraus resultiert ein finanzieller Mehrbedarf. (100.000 Euro), dem Sie dankenswerterweise zugestimmt haben.

Sie haben gezeigt, dass Politik hier nicht starr ist und Verwaltung nicht mutlos. Ergebnisse folgen im Jahr 2023 in den Ausschüssen.

Nahtlos kann ich da übergehen zur Standortmarketing-Kampagne Oh!

Bereits im September 2022 startete die neue Standortmarketingkampagne mit dem Ziel, die Eigenheiten und Liebenswürdigkeiten der Menschen im Kreis Gütersloh zu präsentieren und zu feiern. Die Kampagne besteht aus acht Dachmotiven, die jeweils Menschen aus dem Kreis Gütersloh zu einem bestimmten Themenfeld, oder einer Eigenheit abbilden. Die Kampagne wird noch bis zum Frühsommer 2023 laufen. Zum Jahreswechsel nimmt die Kampagne auch das 50-jährige Kreisjubiläum auf. Wir werden auch dieses runde Jubiläum als kommunale Familie feiern. Die Vorbereitungen laufen. Ich freue mich auf schöne Stadtfeste mit Kreisbeteiligung. Bürgerinnen und Bürger werden mit einbezogen: Über einen Musikwettbewerb, über die Aktion 50 Lieblingsplätze im Kreis Gütersloh, eine Ausstellung, Sonder-Publikationen aus unserem Archiv und vieles mehr. Der eigentliche förmliche Festakt zu 50 Jahre Kreis Gütersloh wird am 25. März 2023 stattfinden.

### 3.0 Schluss

Sehen wir den Tatsachen ins Auge: Der Löwenanteil unseres diesjährigen Stellenbedarfs ist begründet in der Lage. Wir haben einerseits krisenbedingten Personalbedarf. Andererseits ergibt sich weiterer Bedarf aus der gesetzlichen Lage, insbesondere im Bereich Jugend und im Jobcenter. Ich hoffe, ich konnte eines deutlich machen: Die Herausforderung überhaupt wird Personal beziehungsweise Fachpersonal sein!

Ich bin nicht nur Politiker, sondern auch Behördenchef von 1.780 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir wissen heute, dass uns in den nächsten 5 Jahren 500 Mitarbeitende verlassen werden – allein aus Altersgründen. Wir wissen auch, dass wir die nicht 1:1 wiederbekommen. An dieser Misere arbeiten wir bereits - mit Maßnahmen, wie Quereinstiege erleichtern, den Renteneintritt flexibilisieren, Verwaltung schneller digitalisieren, Effizienz erhöhen und an unserer bereits vorhandenen Attraktivität weiter zu arbeiten.

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen sehr engagiert ihre Arbeit. Dafür sage ich auch an dieser Stelle einmal Danke. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Gesamtverwaltung zum Jahreswechsel 2019 mit rund 16.000 Resturlaubstagen da stand. Zum Jahreswechsel 2021 waren es bereits 20.000 Resturlaubstage. Wie es am Ende 2022 aussieht, lässt sich noch nicht beziffern. Im selben Zeitraum ist das Überstundenkonto von 25.000 auf 61.000 Stunden gestiegen (ohne Rettungsdienst und Bauhof). Auch damit müssen wir perspektivisch umgehen.

Anrede,

unser Kreis als öffentlicher Dienst steht für Gemeinwohl und Daseinsvorsorge. Wir stehen für Vertrauen und Sicherheit. Wir sind und bleiben Dienstleister: für Bürgerinnen und Bürger, für unsere Kommunen, für unsere Wirtschaft. Das sind Wertversprechen, die wir dauerhaft einlösen wollen. Wenn aber das Loch in der Personaldecke durch unterschiedlichste Faktoren noch größer wird, dann wird das weitreichende Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft haben.

Es geht hier tatsächlich um die Frage, ob der Kreis seine Kernaufgaben in Zukunft noch erfüllen kann. Nicht wie, sondern ob! Und damit stehen wir als Kreis nicht allein da. Es geht also darum, Fachkräfte zu finden, damit die Funktionstüchtigkeit der Verwaltung erhalten bleibt und damit der Kreis seine Kernaufgaben erfüllen kann. Unsere Wertvorstellungen sind klar definiert.

Schauen Sie, meine Damen und Herren, wir sitzen hier heute vorne vor Ihnen. Frau Kreisdirektorin Koch, alle Dezernatsleitungen. Wir stehen für ein Zukunftskonzept, für einen Haushalt, über den Sie zu entscheiden haben und den Sie auch mit eigenen Schwerpunkten versehen werden. Darin liegen Chancen. Es gibt immer verschiedene Möglichkeiten, immer unterschiedliche Herangehensweisen. Die jetzt folgenden Beratungswochen sind deshalb wichtig in der Demokratie. Ist nicht ein breiter Konsens die beste Basis? In den kommenden Wochen werden Sie beraten und entscheiden, was wir mit unserem Geld machen, wo und wie wir in Zukunft investieren. Mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft für unseren Kreis Gütersloh gestalten. Ich wiederhole gerne mein Eingangs-Statement, denn ich bin fest davon überzeugt: Menschen managen Krise.

Personal im öffentlichen Sektor sichert die Daseinsvorsorge. Wir nehmen unsere Verantwortung an dieser Stelle wahr. Das wird sich in den nun folgenden Beratungen zeigen.

**Es gilt das gesprochene Wort!**